



07/2026

Verteidigung als Innovationstreiber: Wie strategische Investitionen Sicherheit und Wirtschaft stärken können

Was passiert mit den Hunderten Milliarden Euro, die Deutschland und Europa in den nächsten Jahren in ihre Verteidigung investieren - das ist die entscheidende Frage in den aktuellen sicherheitspolitischen Debatten. Damit sie nicht **in Importe abfließen oder in bestehende Strukturen versickern, sondern zum Aufbau von neuer industrieller Stärke, von innovativen Ökosystemen und technologischer Souveränität führen, macht dieses Papier konkrete Vorschläge. Sie sind Ergebnis des Austausches in unserem Fachforum Geoökonomie, Resilienz & Sicherheit mit Fachleuten und mit Stakeholdern der betroffenen Branchen und Politikbereiche.**

Im Dezember 2025 luden Verteidigungsminister Pistorius und Wirtschaftsministerin Reiche erstmals gemeinsam zur [Konferenz „Industrie im Dialog für Sicherheit“](#), mit dem erklärten Ziel, zivile Industrie und Rüstungsunternehmen strategisch zu vernetzen - ein Signal, das vor drei Jahren noch undenkbar gewesen wäre. Laut [DIHK-Sonderauswertung 2026](#) sieht fast jedes dritte Industrieunternehmen Chancen in der Zusammenarbeit mit der Verteidigungsindustrie, auch 63 Prozent der VDMA-Maschinenbauer betrachten sie als künftige Kundenbranche. Der Hochlauf hat begonnen.

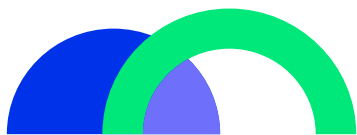
Dennoch steckt die deutsche Industrie in ernsthaften Schwierigkeiten: Der Maschinenbau verlor 2024 rund 7 Prozent seines Produktionsvolumens, 2025 nach aktuellen Schätzungen weitere 1,3 Prozent. Beides zusammen zwingt Deutschland zu einem fundamentalen Umdenken, nicht nur in der Verteidigungspolitik, sondern in seiner gesamten wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Aufstellung. Die Geschichte zeigt, dass erhöhte Verteidigungsinvestitionen Innovationswellen auslösen können: GPS, das frühe Internet, oder moderne Materialwissenschaften entstanden aus [militäri-](#)

[scher Forschungsförderung](#). Ob heute ähnliche Spillover-Effekte entstehen, ist offen. Mehr Geld allein reicht nicht. **Es hängt davon ab, [wofür es eingesetzt wird](#).**

Um dieses Potenzial voll zu realisieren, werden Ökosysteme gebraucht, in denen die Rüstungsindustrie, spezialisierte Mittelständler, innovative Startups und Forschungseinrichtungen ihre jeweiligen Stärken bündeln können. Die [erste deutsche Militärstrategie](#) setzt dafür den politischen Kompass: Der Weg zu technologisch überlegenen Streitkräften führe nur über eine **innovative Fähigkeitsentwicklung und eine enge Verzahnung militärischer und ziviler Innovationsakteure**. Entscheidend ist also nicht, ob mehr investiert wird, das haben die NATO-Beschlüsse von Ankara und ReArm Europe gerade erst bekräftigt. Die Frage ist: **Investieren wir klug genug, um daraus echte industrielle Stärke, technologische Souveränität und langfristige Innovationskraft zu schöpfen?**

HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN

Dual-Use-Innovation systematisch fördern KI, Quantencomputing, Drohnen, Robotik, Raumfahrt und Satellitenkommunikation entstehen heute nicht mehr nur in Rüstungslaboren, sondern in Start-ups und Forschungsinstituten, die auch für den zivilen Markt entwickeln. Die Militärstrategie benennt sie explizit als [kriegsentscheidende Schlüsseltechnologien](#) und fordert eine enge Verzahnung militärischer und ziviler Innovationsakteure. Deutschland **sollte Dual-Use-Innovation gezielt fördern: staatliche Forschungsförderung (DFG, Fraunhofer, BMBF) sollten daher Sicherheitsrelevanz als Förderkriterium verankern**. Technologiebereiche mit besonders hohem **Dual-Use-Potenzial, wie KI, Quantencomputing, Robotik, und fortgeschrittene Materialien, brauchen spezifischen Förderprogramme** analog zum US-amerikanischen Defense Advanced Research Projects Agency Modell (DARPA). Das im Dezember 2025 gegründete [Innovationszentrum der Bundeswehr \(InnoZBw\)](#) ist ein



Anfang, seine zivil-militärischen Kooperationsformate müssen jetzt konkret werden.

Ökosysteme statt Silodenken

Eine leistungsfähige Verteidigungsindustrie gelingt nur durch arbeitsteilige Wertschöpfung: gebraucht werden **offene Ökosysteme aus Unternehmen unterschiedlicher Größe und Spezialisierung. Von der Grundstoffindustrie über große Systemintegratoren, bis hin zu spezialisierten Mittelständlern und innovativen Startups.** Was fehlt sind belastbare Strukturen, die eine Zusammenarbeit möglich machen. Mit [SVI Connect](#) existiert seit Dezember 2025 zwar eine erste digitale Matchmaking-Plattform, der nächste Schritt muss sein, diese Vernetzung mit handfesten Programmen zu unterlegen: **vereinfachte Zertifizierungsprozesse für KMU, ein Defence-Onboarding-Programm mit Beratung und Standardisierungshilfen und eine einfachere Zusammenarbeit zwischen Mittelstand und Tier-1-Rüstungsunternehmen.** Der [BMW-Beraterkreis empfiehlt](#) ergänzend Joint Ventures, gemeinsame Fertigungsanlagen und gezielte Technologiekooperation.

Wer neu in den Markt will, stößt schnell auf dieselben Probleme: Man weiß nicht, wo man anfangen soll. Beschaffungsbedarfe sind schwer nachvollziehbar, regulatorische Anforderungen oft unbekannt, und erste Investitionen müssen geleistet werden, lange bevor ein Auftrag realistisch wird. **Eine öffentlich zugängliche Bedarfs- und Technologielandkarte** würde zeigen, wo entlang der Wertschöpfungsketten und bei Dual-Use-Anwendungen **reale Einstiegspunkte liegen.** Staatliche **Ausfallgarantien, Co-Investment-Modelle oder gezielte Förderung für Erstprojekte** würden die hohen Vorleistungen und langen Amortisationszyklen abfedern, die viele vom Markteintritt abhalten. Und ein **nationales Qualifizierungsprogramm zu regulatorischen Anforderungen, Exportkontrollen und sicherheitsrelevanten Standards** würde fehlendes Praxiswissen gezielt schließen. Das [Scheitern der Fregatte F126](#) zeigt, wie wichtig belastbare Beschaffungs-

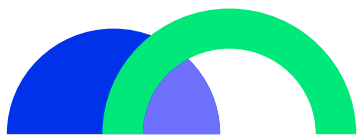
strukturen sind. Risiken und Kapazitäten lagen auf einem einzigen Generalunternehmen, Kostenexplosionen und Verzögerungen führten letztendlich zum Projektstopp. Es gab kein Ökosystem, das hätte auffangen können. **Einen verlässlichen und kosteneffizienten Rüstungshochlauf wird es nur geben, wenn alle Teile des Ökosystems genutzt werden.**

Gesamtgesellschaftliche Verteidigungsstrategie entwickeln

Kritische Infrastrukturen, Energieversorgung, Lieferketten, Kommunikationsnetze - im Kriegsfall sind sie Ziele, bevor die erste Waffe abgefeuert wird. Die Militärstrategie nennt das die „[Entgrenzung des Krieges](#)“: Staat, Wirtschaft und Bevölkerung werden gleichermaßen angegriffen. Die [Kabinettsbeschlüsse vom 1. Juli 2026](#), von der Infrastrukturbeschleunigung bis zur Verzahnung ziviler und militärischer Vorsorge, sind erste Schritte in die richtige Richtung. Gesamtverteidigung lässt sich allerdings nicht in einzelne Ressorts aufteilen. **Deutschland braucht eine Strategie, die Resilienz, zivile Vorsorge und militärische Abschreckung als ein System denkt. Ein gestärkter Nationaler Sicherheitsrat sollte diese Koordination übernehmen** und verbindliche Berichtswege sicherstellen. Planungssicherheit für Unternehmen ist dabei keine nachgeordnete Frage, sondern Voraussetzung. Rüstungsrelevante Investitionen haben oft jahrelange Vorlaufzeiten. Wer in diesem Markt aktiv sein will, muss bereits heute investieren. **Das geht nur mit politischer Verlässlichkeit über Legislaturperioden hinweg.**

Europäische Verteidigungskooperation als Industriepolitik begreifen

Auf dem NATO-Gipfel in Den Haag 2025 haben die Länder ein [historisches Ausgabenziel](#) von 3,5 Prozent des BIP für direkte Verteidigung plus 1,5 Prozent für sicherheitsrelevante Infrastruktur bis 2035 beschlossen. Beim Folge-Gipfel in Ankara im Juli 2026 wurde daraus konkrete Realität: Die NATO-Partner kündigten neue Beschaffungen im Wert von über 50 Milliarden US-Dollar an. Flankiert wird das durch ReArm Europe, mit



dem die EU-Kommission bis zu 800 Milliarden Euro mobilisiert. Damit aus den angekündigten Investitionen tatsächlich europäische Stärke entsteht, **müssen die Mitgliedstaaten ihre Verteidigungspolitik stärker gemeinsam organisieren.** Dazu gehören gemeinsame Beschaffungsstandards, die konsequente Nutzung des [European Defence Industry Programme \(EDIP\)](#) und eine engere Zusammenarbeit ihrer Industrien. **Deutschland muss dabei vorangehen: mit einem eigenen Vorschlag für gemeinsame europäische Beschaffungsplattformen, einer aktiven Rolle beim Aufbau von EDIP-Konsortien mit klaren Governance-Regeln und dem politischen Druck, nationale Alleingänge bei Rüstungsprojekten zu beenden.** Wie dringend das ist, zeigt das Scheitern des Kampfjetprojekts FCAS im Juni 2026, wo neun Jahre Entwicklungsarbeit an ungeklärten Führungs- und Arbeitsanteilsfragen zwischen den beteiligten Industriepartnern endeten. Ein [neu gegründetes Bündnis](#) aus acht europäischen Rüstungs- und Technologieunternehmen macht einen neuen Anlauf.

Finanzierungsrahmen für rüstungsrelevante Investitionen schaffen

Der deutsche Verteidigungshaushalt ist [2026 auf 124 Milliarden Euro](#) gestiegen. Das 3,5-Prozent-Ziel soll bereits bis 2029 vorzeitig erreicht werden. Das [Kiel Institut zeigt](#): Ob diese Investitionen Wachstum auslösen, hängt entscheidend davon ab, **ob das Geld in europäische Fähigkeiten fließt, nicht nur in Importe.** Fließt es in außereuropäische Systeme und Lieferketten, entsteht zwar militärische Kapazitäten, aber keine europäische Industrie, kein Technologietransfer und am Ende auch keine strategische Unabhängigkeit. Politische Planungssicherheit und wirtschaftlich verlässliche

Rahmenbedingungen sind erforderlich, um private Investitionen auszulösen und dafür auch privates Kapital zu mobilisieren. Für manche Unternehmen stellen die erforderlichen (Sprung-)Investitionen eine Herausforderung dar, auch finanziell. **Helfen würden u. a. staatliche Garantieinstrumente, etwa über EIB und KfW, für rüstungsrelevante Lieferkettentransformationen und eine explizite industriepolitische Komponente im Sondervermögen.** Wer Verlässlichkeit für Investitionen fordert, muss auch den Finanzierungsrahmen dafür schaffen.

Forschung als strategischen Multiplikator begreifen

[Rund 17 Prozent](#) des US-Militärbudgets fließen in Forschung und Entwicklung (RDT&E). In der EU sind es gerade einmal [4,5 Prozent](#). Zivile und sicherheitsrelevante Forschung waren in Deutschland jahrzehntelang getrennt, aus nachvollziehbaren Gründen. **Das braucht jetzt eine sachliche Neubewertung: Dual-Use-Förderlinien müssen systematisch in nationale Forschungsstrategien verankert werden.** Ebenso wichtig ist es, **Wissenschaftler:innen durch attraktive Rahmenbedingungen in Deutschland zu halten.** Abwehrreaktionen aus dem Ausland außerhalb der EU in sicherheitsrelevante Fachbereiche sind eine reale hybride Bedrohung, der politisch begegnet werden muss.

Deutschland und Europa investieren so viel wie seit Jahrzehnten nicht mehr in Verteidigung. **Ob daraus langfristig wirtschaftliche Stärke entsteht, entscheidet sich vor allem daran wie investiert wird: in europäische Kapazitäten, in Ökosysteme, in Innovationskraft.** Die hier vorgeschlagenen Maßnahmen zeigen, wo Deutschland jetzt handeln muss.

Fachforum Geoökonomie, Resilienz und Sicherheit

Die Wirtschaftsvereinigung der Grünen e.V.
Dorotheenstr. 3, 10117 Berlin
kommunikation@wv-g.de

Hauptgeschäftsführung: Martin Kaul,
Katharina Krüger (stellv.)

Referent:innen:
Anna Cebotareva, Simon Behnisch, Lisa Reymann

Aus der Wirtschaft, mit der Politik: In den Fachforen entwickeln die Mitglieder der Wirtschaftsvereinigung der Grünen Perspektiven und Impulse. Diese müssen nicht in jedem einzelnen Fall mit den Positionen jedes einzelnen Mitglieds übereinstimmen. [Mehr hier.](#)

Eingetragen im deutschen Lobbyregister R007085 & im EU Transparenzregister 290752950419-55